

07.01.88

U - A - G

## **Allgemeine Verwaltungsvorschrift**

des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Durchführung der  
Stichprobenuntersuchung von Milch und Rahm (Sahne) auf Rück-  
stände von Schadstoffen im Sinne der Schadstoff-Höchstmengen-  
verordnung

### **A. Zielsetzung**

Einheitliche Handhabung der Stichprobenuntersuchung von  
Milch und Rahm auf Schadstoffe.

### **B. Lösung**

Erlaß einer allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die  
Durchführung der Untersuchung.

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Kosten**

Keine Mehrkosten.

07.01.88

U - A - G

## **Allgemeine Verwaltungsvorschrift**

des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

### Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Durchführung der Stichprobenuntersuchung von Milch und Rahm (Sahne) auf Rück- stände von Schadstoffen im Sinne der Schadstoff-Höchstmengen- verordnung

Der Chef  
des Bundeskanzleramtes  
121 (321) - 235 44 - Sto 6/87

Bonn, den 7. Januar 1988

An den  
Herrn Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von dem Bundesminister für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit zu erlassende

Allgemeine Verwaltungsvorschrift  
über die Durchführung der Stich-  
probenuntersuchung von Milch und  
Rahm (Sahne) auf Rückstände von  
Schadstoffen im Sinne der Schad-  
stoff-Höchstmengenverordnung

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Arti-  
kels 84 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

  
( Dr. Schäuble )

Allgemeine Verwaltungsvorschrift  
über die Durchführung der Stichprobenuntersuchung von  
Milch und Rahm (Sahne) auf Rückstände von Schadstoffen  
im Sinne der Schadstoff-Höchstmengenverordnung  
vom

Nach § 45 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes vom  
15. August 1974 (BGBl. I S. 1945, 1946) wird im Einvernehmen  
mit dem Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesund-  
heit mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwal-  
tungsvorschrift erlassen:

§ 1

Probenahme

(1) Die Proben werden, sofern Milch oder Rahm an Molkereien  
abgegeben werden, in der Regel in der Molkerei aus den  
Anlieferungsbehältern entnommen.

(2) Proben können auch beim Erzeuger genommen werden. Sie  
werden beim Erzeuger genommen, wenn der Verdacht besteht, daß  
an die Molkerei Milch oder Rahm abgegeben werden, deren  
Rückstandsgehalt die nach der Schadstoff-Höchstmengenverordnung  
zulässige Höhe übersteigt. Dieser Verdacht ist insbesondere  
gegeben, wenn die Rückstandsgehalte den Mittelwert der  
Anlieferungskollektive um mehr als die einfache Standardabwei-  
chung überschreiten.

(3) Bei Milch und Rahm, die vom Erzeuger an andere weiterverarbeitende Betriebe oder Verbraucher abgegeben werden, erfolgt die Probenahme beim Erzeuger.

§ 2

Inkrafttreten

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Bonn, den

Bundesminister für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit

- 3 -

### Begründung

Die vorliegende Allgemeine Verwaltungsvorschrift soll gewährleisten, daß die Stichprobenuntersuchung von Milch und Rahm auf Schadstoffrückstände einheitlich gehandhabt wird.

Bei der Abgabe an Molkereien ist gemäß § 1 Abs. 1 und 2 zu verfahren. Diese Vorschriften ermöglichen und gewährleisten nicht nur eine wirtschaftliche Gestaltung der Probenahme und Untersuchung, sondern auch die Suche nach der Kontaminationsquelle. In Verdachtsfällen, insbesondere bei bestimmten Überschreitungen der einfachen Standardabweichung, sind auch beim Erzeuger Proben zu ziehen. Der Bereich bis zum Überschreiten des Mittelwertes um die Standardabweichung umfaßt erfahrungsgemäß rund 80 % der Rückstandsgehalte aus dem Gesamtkollektiv.

Wenn Milch und Rahm an andere weiterverarbeitende Betriebe als Molkereien oder an Verbraucher abgegeben werden, erfolgt die Probenahme beim Erzeuger.

26.02.88

**Beschluß****des Bundesrates**

zur

Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Durchführung der  
Stichprobenuntersuchung von Milch und Rahm (Sahne) auf  
Rückstände von Schadstoffen im Sinne der Schadstoff-Höchst-  
mengenverordnung

Der Bundesrat hat in seiner 586. Sitzung am 26. Februar 1988 beschlossen, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift gemäß Artikel 84 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.

Der Bundesrat hat ferner folgende EntschlieÙung gefaÙt:

Die Bundesregierung wird gebeten, die Allgemeine Verwaltungsvorschrift baldmöglichst um eine Vorschrift für die Probenahme und Beurteilung von Fischfängen und Fischsendungen zu ergänzen.

Es ist möglich und hinsichtlich des Quecksilbergehaltes erwiesen, daß einzelne Fische eines Fanges die festgelegten Höchstmengen überschreiten können. Das ist unvermeidbar. Ein solcher Fisch wäre jedoch nicht repräsentativ für den gesamten Fang.

Eine Regelung der repräsentativen Probenahmen ist 1986 vom Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zugesagt worden. Sie ist jedoch weder in diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift noch in die Sammlung nach § 35 LMBG aufgenommen worden.